

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(17. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Susanne Kastner, Dr. Helga Otto,
Michael Müller (Düsseldorf), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/5164 —

Sofortprogramm zum Schutz der Säuglinge in den neuen Bundesländern vor
kupferhaltigem Trinkwasser

A. Problem

In den neuen Bundesländern, insbesondere in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, besteht nach Auffassung der Antragsteller die große Gefahr, daß Säuglinge durch kupferhaltiges Trinkwasser an frühkindlicher Leberzirrhose erkranken und sterben. Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern und Kommunen ein Sofortprogramm zum Schutz der Säuglinge vor übersäuertem, kupferhaltigem Trinkwasser durchzuführen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuß ist mehrheitlich der Auffassung, die Bundesregierung sei bereits vor dem Antrag in erforderlichem Umfang tätig geworden. Die notwendigen Maßnahmen würden weitergeführt. Die wesentlichen Forderungen des Antrags seien somit erfüllt, ohne daß das Problem abschließend gelöst sei. Der Antrag könne somit abgewiesen werden.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 12/5164 — abzulehnen.

Bonn, den 27. Oktober 1993

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Wolfgang von Geldern
Vorsitzender

Wolfgang Ehlers
Berichterstatter

Susanne Kastner
Berichterstatterin

Josef Grünbeck
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Wolfgang Ehlers, Susanne Kastner und Josef Grünbeck

1. Der Antrag auf Drucksache 12/5164 wurde in der 169. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. Juli 1993 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuß für Gesundheit sowie den Haushaltsausschuß überwiesen.

Beide mitberatenden Ausschüsse haben den Antrag mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Vertreter der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste abgelehnt.

2. Mit dem Antrag soll die Bundesregierung unter Hinweis auf die große Gefahr, daß Säuglinge in den neuen Bundesländern durch kupferhaltiges Trinkwasser an frühkindlicher Leberzirrhose erkranken und sterben, aufgefordert werden, gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern und Kommunen ein Sofortprogramm zum Schutz der Säuglinge vor übersäuertem, kupferhaltigem Trinkwasser unter Berücksichtigung einiger näher bezeichneter Maßnahmen durchzuführen.
3. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage in seiner 62. Sitzung am 27. Oktober 1993 beraten.

Von den Koalitionsfraktionen wurde ausgeführt, die Bundesregierung habe sich schon vor dem einen tragischen Todesfall der im Antrag enthaltenen Problematik angenommen, zumal es in den alten Bundesländern ähnliche Fälle gegeben habe. Im Trinkwasseruntersuchungssofortprogramm der Bundesregierung sei die pH-Wert-Bestimmung bereits unmittelbar nach Herstellung der deutschen Einheit ein Schwerpunkt gewesen. Auch die Fachkommission Soforthilfe Trinkwasser des Bundesministeriums für Gesundheit sei entsprechend aktiv geworden. Die Gesundheitsämter und die obersten Landesgesundheitsbehörden seien durch diese Fachkommission in einem Schreiben auf die Problematik des zu niedrigen pH-Wertes und die damit möglicherweise zu hohen Gehalte an Kupfer und Blei im Trinkwasser hingewiesen worden. Die Kommission habe die Gesundheitsämter der neuen Länder aufgefordert, durch entsprechende Veröffentlichungen auch in der Tagespresse die Verbraucher über diese Zusammenhänge zu unterrichten und sie aufzufordern, sich vor Eigenbaumaßnahmen eingehend über die örtliche Wasser-

beschaffenheit zu informieren. Die Fachkommission habe gemeinsam mit dem Bundesgesundheitsamt und den Vereinigungen des Gas- und Wasserfaches ein ausführliches Merkblatt in einer Auflage von 100 000 Exemplaren herausgegeben und über die Gesundheitsämter der neuen Bundesländer verteilt. Die zuständigen Landräte der betroffenen Gebiete seien zudem auf die Möglichkeit verwiesen worden, die kommunale Investitionspauschale, die mit dem Nachtragshaushalt 1993 ermöglicht worden sei, zu nutzen, um insbesondere in Gebieten mit niedrigem pH-Wert entsprechende Verbesserungen herbeiführen zu können.

Es habe somit nicht des Antrags der Fraktion der SPD bedurft, um die notwendigen Maßnahmen in die Wege zu leiten. Die wesentlichen Forderungen des Antrags seien erfüllt, ohne daß das Problem abschließend gelöst worden sei. Insofern könne der Antrag abgelehnt werden.

Von seiten der antragstellenden Fraktion der SPD wurde ausgeführt, die im Antrag geforderten Maßnahmen seien noch nicht erledigt. So gebe es zwar die genannte Informationsbroschüre der Sofortkommission Trinkwasser. Der geforderten Pflicht zur Information sei damit nicht nachgekommen. Nach wie vor müsse die Situation bei der Trinkwasserversorgung vom Verbraucher selbst abgefragt werden. Es gebe keine Informationspflicht von seiten der Ämter. Insofern bestehe das Anliegen ihres Antrags fort.

Vom Vertreter der Bundesregierung wurde ausgeführt, für die Durchführung der Trinkwasserversorgung und die Kontrolle der Trinkwasserqualität seien die Länder zuständig. In den neuen Bundesländern habe eine weit gefächerte Informationskampagne stattgefunden. Die Probleme lägen bei den Einzelversorgern bzw. Hausbrunnen. Es gehe hier nicht allein um Kupfer, sondern um all die Substanzen im Trinkwasser, die bei Neugeborenen mit einem noch nicht ausgereiften Organismus zu entsprechenden Störungen führen könnten. Es liege in der Fürsorgepflicht jedes einzelnen Bürgers, sich entsprechend zu erkundigen, um von vornherein auszuschließen, daß es zu gesundheitlichen Problemen bei der Ernährung von Säuglingen komme.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, den Antrag der Fraktion der SPD abzulehnen.

Bonn, den 24. November 1993

Wolfgang Ehlers
Berichterstatte

Susanne Kastner
Berichterstatte

Josef Grünbeck
Berichterstatte